

- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD

Wahlkreis Nr. (Falls Sie keinen Wahlkreis haben, bitte "Landesliste" eintragen.)

- 115
- 99
- 136
- 139
- 091
- 133
- 131
- 126 - Borken II
- 115
- Minden
- 116
- Wahlkreis 107: Düsseldorf II
- 114
- 147
- 87
- 145
- 122
- 87
- 143
- 150
- 116
- Wahlkreis115: Duisburg I
- 109
- 106
- 094
- 104
- 145
- 125
- 117
- Warendorf 130
- 124
- 138
- 127
- 101
- 134
- 118
- 111
- 123
- 141

2. 1. GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN UND BEZAHLUNG DURCH TARIFBINDUNG?

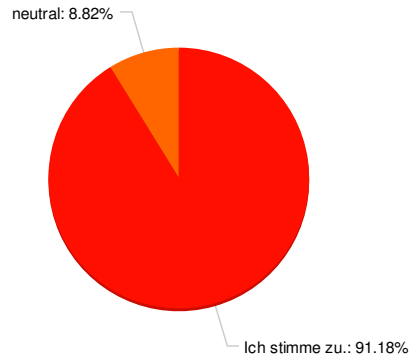
Guter Journalismus ist auf gute Journalist:innen angewiesen. Deshalb muss der Beruf attraktiv bleiben mit guten Arbeitsbedingungen und fairer Bezahlung. Tarifverträge sichern beides. Deshalb ist die Tarifbindung für Medienbetriebe unverzichtbar. *

Anzahl Teilnehmer: 34

31 (91.2%): Ich stimme zu.

3 (8.8%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



3. 2. KEINE FÖRDERUNG OHNE TARIFBINDUNG?

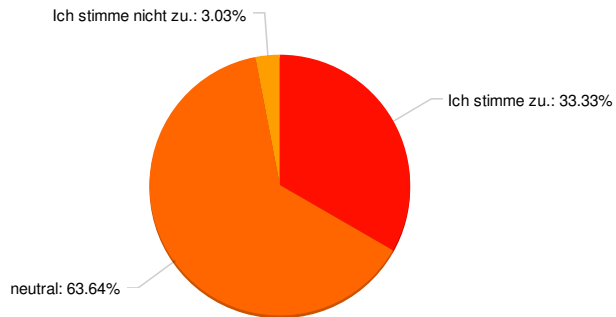
Viele Medienunternehmen haben die Tarifbindung aufgegeben oder unterlaufen sie. Damit schaden sie dem Journalismus. Unternehmen ohne Tarifbindung sollten grundsätzlich nicht mehr gefördert werden und das Umsatzsteuerprivileg verlieren. Befristete Ausnahmen kann es nur für Neugründungen geben. *

Anzahl Teilnehmer: 33

11 (33.3%): Ich stimme zu.

21 (63.6%): neutral

1 (3.0%): Ich stimme nicht zu.



4. 3. BESSERE BEZAHLUNG FÜR FREIE?

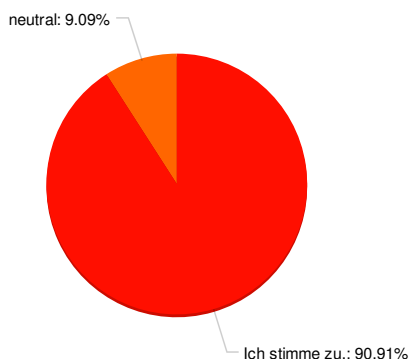
Freie Journalist:innen sind eine wesentliche Säule der Medien. Sie werden aber oft schlecht honoriert. Eine faire Bezahlung für Freie und Vergütungsregeln, die eine angemessene Bezahlung im Sinne des Urheberrechtsgesetzes vorsehen, sind daher unverzichtbar. *

Anzahl Teilnehmer: 33

30 (90.9%): Ich stimme zu.

3 (9.1%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



5. 4. VERBANDSKLAGERECHT IN DAS URHEBERRECHT?

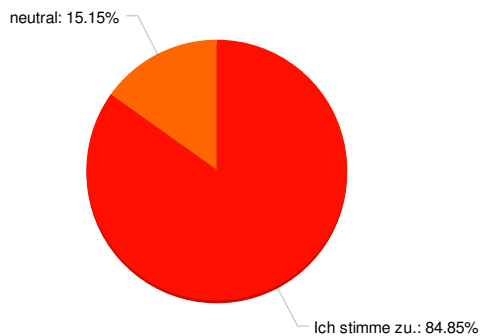
Urheber:innen müssen angemessen vergütet werden. Um die angemessene Vergütung zu gewährleisten, muss ein Verbandsklagerecht als neues Rechtsinstrument in das Urheberrecht aufgenommen werden. Davon profitieren vor allem auch freie Journalist:innen. *

Anzahl Teilnehmer: 33

28 (84.8%): Ich stimme zu.

5 (15.2%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



6. 5. MEHR SCHUTZ GEGEN BEDROHUNG?

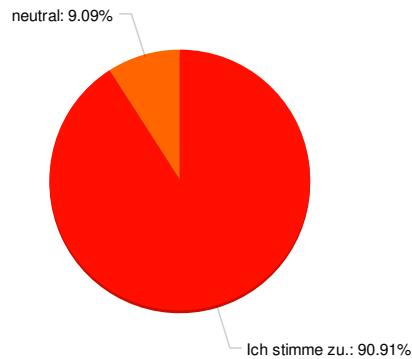
Die Pressefreiheit in Deutschland wird zusehends durch radikale Kräfte bedroht. Angriffe und Drohungen gegen Journalist:innen müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Dafür muss die Politik die Rahmenbedingungen zum Schutz der Kolleg:innen verbessern. *

Anzahl Teilnehmer: 33

30 (90.9%): Ich stimme zu.

3 (9.1%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



7. 6. BESSERER INFORMANTENSCHUTZ UND EIN UMFASSENDES ZEUGNISVERWEIGERUNGSRECHT?

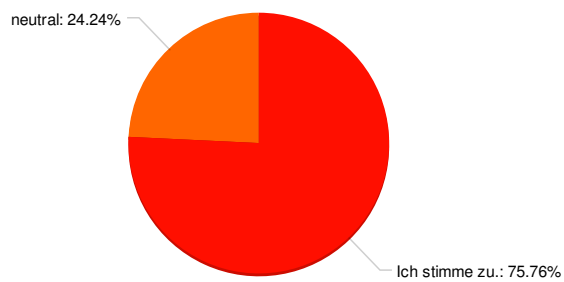
Um unabhängige Berichterstattung zu gewährleisten ist ein wirksamer Informantenschutz unabdingbar. Journalist:innen brauchen ein umfassendes Zeugnisverweigerungsrecht. Nachrichten und Telefongespräche von Journalist:innen dürfen von staatlichen Stellen nicht mitgelesen oder abgehört werden. *

Anzahl Teilnehmer: 33

25 (75.8%): Ich stimme zu.

8 (24.2%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



8. 7. BUNDESWEITES FÖRDERPROGRAMM FÜR LOKAL- UND REGIONALJOURNALISMUS?

Die Medienvielfalt ist vor allem auf lokaler und regionaler Ebene gefährdet. Es wird ein bundesweites Förderprogramm für lokalen und regionalen Journalismus eingerichtet, um Recherchen, Produktionen und Innovationen sowie Aus- und Weiterbildung zu unterstützen. Die Förderung muss staatsfern organisiert werden und auf Basis formaler Qualitätsstandards allen Verbreitungswegen offenstehen. *

Anzahl Teilnehmer: 33

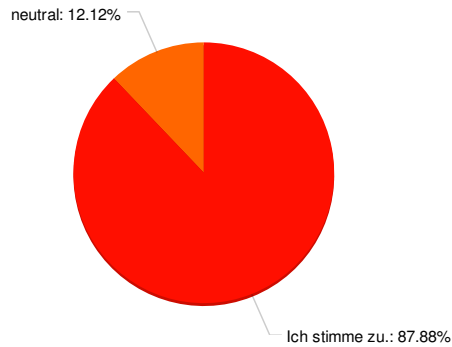
29 (87.9%): Ich stimme

zu.

4 (12.1%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht

zu.



9. 8. MEHR PERSPEKTIVEN FÜR UNSERE RADIOS IN DER DIGITALISIERUNG?

Der Audiomarkt ist so zu gestalten, dass lokale und regionale Radiosender Perspektiven in der digitalen Zukunft haben. Ihre spezielle Informationsleistung muss durch Förderprogramme, bevorzugte Auffindbarkeit auf allen Verbreitungswegen unterstützt werden. Organisationsformen, die gesellschaftliche Partizipation und publizistische Vielfalt ermöglichen (z.B. Zwei-Säulen-Modell NRW, freie Radios, nicht kommerzielle Audioangebote) sind zu erhalten und zu stärken. *

Anzahl Teilnehmer: 33

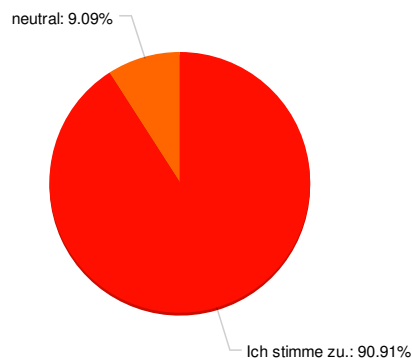
30 (90.9%): Ich stimme

zu.

3 (9.1%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht

zu.



10. 9. DEN ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNK STÄRKEN?

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist unerlässlich für unserer Demokratie. Dieser muss deshalb in seiner bestehenden Form erhalten bleiben. Er ist auskömmlich zu finanzieren, um Qualitätsstandards zu garantieren. Die entsprechenden Empfehlungen der unabhängigen KEF¹ zur Anpassung der Rundfunkgebühren sind deshalb in voller Höhe umzusetzen. *

Anzahl Teilnehmer: 34

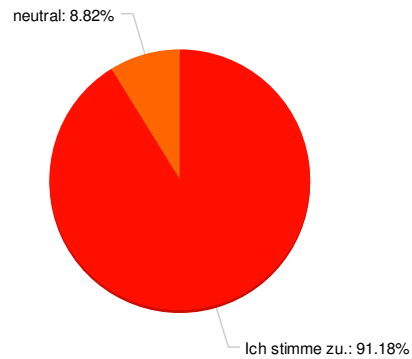
31 (91.2%): Ich stimme

zu.

3 (8.8%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht

zu.



11. 10. TENDENZSCHUTZ ABSCHAFFEN?

Der Tendenzschutz für Medienunternehmen ist nicht mehr gerechtfertigt und muss abgeschafft, zumindest aber deutlich eingeschränkt werden. Das stärkt die Mitbestimmung und schafft Transparenz. *

Anzahl Teilnehmer: 33

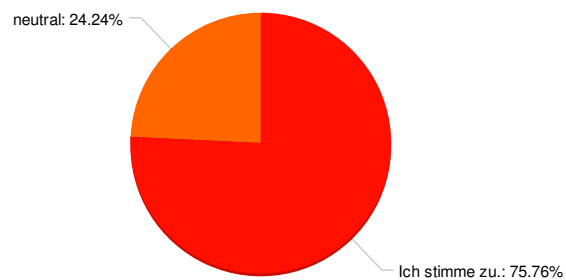
25 (75.8%): Ich stimme

zu.

8 (24.2%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht

zu.



12. Angenommen, Sie werden gewählt und ziehen in den Bundestag ein. Für welche Forderungen und Ziele auf der vorherigen Seite würden Sie sich (als erstes) stark machen? *

Anzahl Teilnehmer: 28

14 (50.0%): Gute Arbeitsbedingungen und Bezahlung durch Tarifbindung

- (0.0%): Keine Förderung ohne Tarifbindung

4 (14.3%): Bessere Bezahlung für Freie

12 (42.9%): Verbandsklagerecht in das Urheberrecht

24 (85.7%): Mehr Schutz gegen Bedrohung

14 (50.0%): Besserer Informantenschutz und ein umfassendes Zeugnisverweigerungsrecht

5 (17.9%): Bundesweites Förderprogramm für Lokal- und Regionaljournalismus

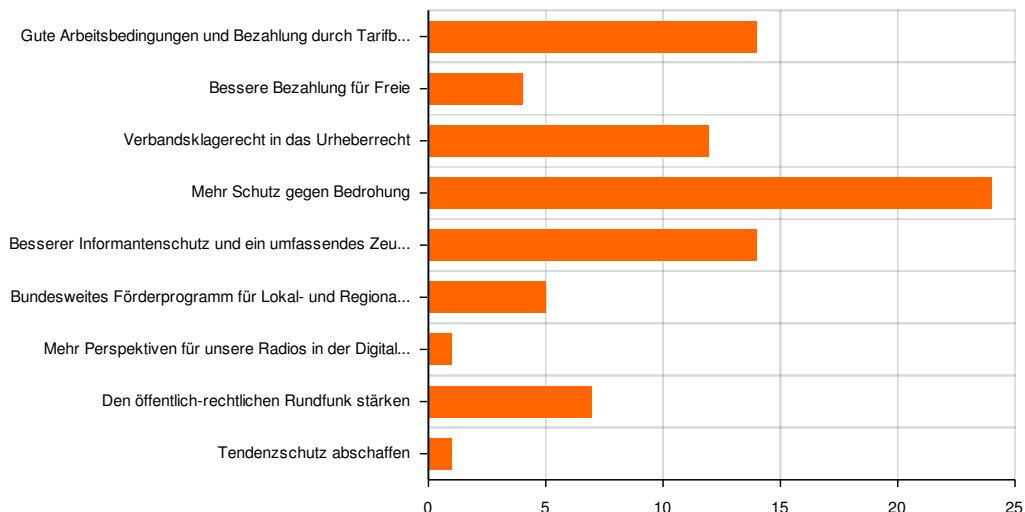
1 (3.6%): Mehr Perspektiven für unsere Radios in der Digitalisierung

7 (25.0%): Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken

1 (3.6%): Tendenzschutz abschaffen

- (0.0%): Ich bin mir unsicher.

- (0.0%): Ich strebe die Umsetzung keiner der aufgelisteten Forderungen und Ziele an.



13. Abschließend: Haben Sie weitere medienpolitische Ziele, die sie gemeinsam mit den Abgeordneten im Bundestag umsetzen wollen?

Gibt es außerdem noch etwas, das Sie uns und unseren journalistischen Kolleg:innen vor der Bundestagswahl am 26. September mitteilen möchten?

Anzahl Teilnehmer: 10

- Bitte passen Sie auf sich auf und lassen sich von Rechten, Querdenkern und anderen Extremisten nicht in Ihrer Pressefreiheit beschränken.

- Ein unabhängiger Journalismus ist eine der wichtigsten Säulen der Demokratie. Diesen zu schützen und zu unterstützen, ist aus meiner Sicht eine der Hauptaufgaben aller Demokrat:innen. Ich werde mich dafür einsetzen.
- Über die gestellten Fragen hinaus: Wir müssen uns schleunigst auch der Frage stellen, wie wir den Journalismus und entsprechende Qualitätsstandards angesichts des wachsenden Einflusses von sozialen Netzwerken stärken können. Ich bin der Überzeugung, dass wir eine politische Antwort auf diesen Strukturwandel der Öffentlichkeit brauchen, um auch die Tragfähigkeit unserer Demokratie langfristig zu sichern.
- Die Presse und Journalismus sind ein integraler Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft. Ihre Rechte müssen stets aufrechterhalten und geschützt werden. Zusätzlicher Schutz muss wenn möglich über Gesetzesänderungen gewährleistet werden. Gute und faire Arbeitsbedingungen für Journalist:innen müssen bestehen und gefördert werden.
- Eine offene und freie Presse ist für eine Demokratie unverzichtbar. Deswegen werden wir Initiativen für den Schutz der Pressefreiheit sowie der Arbeit von Journalist*innen und Medienunternehmen verstärken. Allen Bürger*innen in Deutschland eine mediale Teilhabe zu ermöglichen, ist eine gemeinsame Verantwortung aller Medien sowie der öffentlichen Stellen. Dazu werden wir auch den barrierefreien Zugang verbessern.
- Die neue Welt ist digital und medial. Deshalb sind digitale und mediale Teilhabe, Vielfalt, Chancengleichheit und ein kommunikativer Pluralismus von grundlegender Bedeutung. Gemeinsam mit Olaf Scholz und der SPD begreife ich Medienpolitik auf allen staatlichen Ebenen als Gesellschaftspolitik. Sie dient dazu, das offene demokratische Gespräch unserer Gesellschaft zu stärken.

Wir setzen uns gesamtstaatlich für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein und unterstützen die Länder darin, den Auftrag in einer digitalen Medienwelt weiter zu entwickeln. Gerade jetzt braucht es öffentlich-rechtliche Angebote, die eine umfassende und tiefgreifende journalistische Berichterstattung sicherstellen.

Gemeinsam mit Olaf Scholz und der SPD stehe ich dafür ein die Rahmenbedingungen privatwirtschaftlichen Medienschaffens zu stärken und insbesondere dort zu unterstützen, wo bundesrechtliche Fragen des Wettbewerbs-, Urheber- oder Telekommunikationsrechts die Rahmenbedingungen privater Medienmärkte prägen. Den Verlagen werden wir dabei helfen, die Transformation ins Digitale erfolgreich zu bewältigen. Wir werden die Auskunfts- und Berichterstattungsrechte von JournalistInnen stärken. Wir werden Journalismus im Gemeinnützigkeitsrecht verankern, so dass auch die Stiftungsfinanzierung möglich ist, ohne dass damit marktwirtschaftliche Strukturen konterkariert werden.

Mit Sorge nehme ich gemeinsam mit Olaf Scholz und der SPD wahr, dass JournalistInnen und Medienunternehmen in vielen Teilen der Welt zunehmend durch staatliche Institutionen und Amtsträger angegriffen, bedroht und in ihrer Freiheit beeinträchtigt werden. In bilateralen Gesprächen und zwischenstaatlichen Zusammenschlüssen werden wir daher Initiativen für den Schutz der Pressefreiheit sowie der Arbeit von JournalistInnen und Medienunternehmen verstärken.

Bei Rückfragen o.Ä., stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung (E-Mail info@timo-schisanowski.de ; Tel. 02331/919452).

Herzliche Grüße,

Ihr Timo Schisanowski

(SPD-Bundestagskandidat für Hagen, Breckerfeld, Ennepetal, Gevelsberg, Schwelm)

- In meiner täglichen Arbeit als Hauptschullehrer erlebe ich, dass sich das Medienverhalten von jungen Menschen extrem wandelt. Es braucht mehr Projekte und Kooperationen zwischen Schulen und z.B. Lokalredaktionen, damit schon früh der Wert von geprüften und korrekten Informationen erkannt und erfahren wird!
- Ich bin durch gemeinsame Projekte im dauerhaften und engen Austausch mit dem Bundesvorsitzenden des DJV und unterstütze die allermeisten Positionen und Forderungen des DJV. Ich bin insoweit überrascht, dass eine ausreichende Personalsituation und gute Qualifikations- (einschließlich Weiterbildungs-) Möglichkeiten hier nicht thematisiert werden. Auch als Interviewter nehme ich auch hier zuweilen Problemfelder wahr.
- Dem Zeitgeist geschuldet konzentrieren sich m. E. zu viele Journalisten auf zu wenige schlagzeilenträchtige Überschriften. Den meist komplexen Zusammenhängen in politischen und gesellschaftlichen Fragen wird zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Ein Beispiel: beim Untersuchungsausschuss Pkw-Maut ging es gefühlt nur darum, bleibt der Minister oder wann geht er. Die vielen relevanten und für Regierungshandeln entscheidenden weiteren Fragen, die der Ausschuss aufbereitet und kritisch bewertet hat, sind am Ende nur in wenigen Insider-Artikeln überhaupt noch betrachtet worden. Ich glaube, das unterschätzt auch die Bereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger sich mit Details auseinanderzusetzen.
- Wir wollen uns weiter für eine stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den Akteuren aus den Bereichen Medien, Kultur und Bildung einsetzen. Zudem müssen wir die Medienkompetenz weiter stärken. Das bedeutet

Entwicklungsräume zu schaffen, in denen die digitale Transformation in der Medienwelt gelingt, und diese auch mit Bildungsangeboten verknüpft.

Leider sind Journalist:innen zunehmend Bedrohungen und Angriffen ausgesetzt. Menschen verschiedener extremistischer Ideologien, konstruieren und verbreiten weiter das Bild „der Lügenpresse“. Wir als Demokrat:innen müssen uns dem ganz klar entgegenstellen und den Schutz, sowie die Berichterstattung aller Medienschaffenden gewährleisten.